Bezugspreis für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 1.60 Mark, vierteljährlich 4.80 Mark, durch die Post 4.50 Mark ausschließl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlichen Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitung eingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernruf der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abteilung Nr. 1142, der Bezugs-Abteilung Nr. 1133; Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4604.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Zweiundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigen werd. d. 7gespalt. 38mm br. Kolonelzeile oder deren Raum mit 40 Pf. berechnet u. in unseren Annahmestellen u. allen Anzeigengeschäften angenommen. Reklamen die 92 mm breite Zeile 1.25 Mk. Anzeigen-Annahmeschluß vorm. 11 Uhr, für die Sonntags-Nr. abends 6 Uhr. Abbestellungen, soweit zulässig, müssen schriftlich erfolgen. Erfüllungsort: Halle. Erscheint tägl. 2 mal, Sonntags 1 mal. Geschäftsst. u. Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Ecke Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstell.: Markt 24 und Große Ulrichstr. 52.

Nr. 583. Halle, Freitag, den 13. Dezember. 1918.

Protest gegen den deutschen Heimatschutz.

Polnische Anmaßung in Posen. — Ausdehnung der feindlichen Besetzung auf Mannheim.

Drohungen des polnischen Volksrats in Posen.

WTB. Posen, 12. Dezember. (Drahtnachricht.) Das Kommissariat des obersten polnischen Volksrates in Posen hat an Staatssekretär von Gerlach ein Telegramm gerichtet, in dem es darauf aufmerksam macht, daß trotz aller Vorstellungen das 2. und 6. Generalkommando Abteilungen des Heimatschutzes in polnisches Grenzgebiet schicke. In Wittowo wurde die Militärdiktatur proklamiert. In Stettin wurden Soldaten polnischer Herkunft aufgehetzt usw. Das Kommissariat des obersten Volksrates erwartet telegraphisch Nachricht, sollte bis zum 10. ds. keine Antwort eintreffen, so würde man in einigen Kreisen die Lebensmittelzufuhr sperren.

In einer Mitteilung an die Presse sagt weiter das Kommissariat, daß der Heimatschutz reaktionäre gegenrevolutionäre und antipolnische Tendenzen verfolge. Die Besetzung dieser Truppen geschehe mit Wissen und Willen der Regierung und der Militärbehörden.

Auf das Telegramm des Kommissariats ist folgende Antwort eingelaufen:

Ueber die Vorgänge in Wittowo hat mir Sonntag ein dortbin entsandter Vertrauensmann berichtet: die Absetzung der Beamten des Arbeiter- und Soldatenrats ist alsbald rückgängig gemacht worden. Auf Grund des Berichts habe ich gestern beim Kriegsministerium allgemein die Anwesenheit von Offizieren im Osten beantragt, die ähnliche Uebergriffe ausschließt. Auf Grund Ihres heutigen Telegramms benutze ich sofort bei der Reichsregierung eine schleunige Beratung aller in Frage kommenden Instanzen zur endgültigen Regelung des Heimatschutzes. Ich bitte dringend, bis zum Ergebnis der Sitzung alle Maßregeln von unübersehbarer Konsequenz, insbesondere hinsichtlich Lebensmittelzufuhr auszusetzen. Sonntag kommen Minister Hirsch und ich nach Posen zur mündlichen Verhandlung.

Ministerium des Innern. von Gerlach.

Im Anschluß an dieses Telegramm hat das Kommissariat an die Bevölkerung die Mahnung gerichtet, ihre Rechte zu verteidigen, jedoch Ruhe und Ordnung zu bewahren. Das polnische Volk soll vertrauen, daß das Kommissariat alles tun werde, um die Lage aufzuklären und die Wünsche der polnischen Allgemeinheit zu verwirklichen.

Noch kein Druck auf die Regierung.

r. Köln, 12. Dez. (Priv.-Tel.) In den Meldungen über die Einberufung des Reichstages erklärte die „Köln. Volksztg.": Uns wird heute von zuverlässiger Seite versichert, daß der Regierung eine definitive Nachricht, welche ihr die Notwendigkeit auferlegt hätte, zu der Frage der Reichstagseinberufung Stellung zu nehmen, nicht zugegangen ist. Bisher haben, so wird uns mitgeteilt, noch keine Beratungen im Kabinett über diese Frage stattgefunden.

Vom Vollzugsrat.

WTB. Berlin, 12. Dez. (Drahtnachricht) (Amtlich.) Sitzung des Vollzugsrates. Der Vollzugsrat trat heute nachmittag 4 Uhr zu einer Sitzung zusammen. Zu Beginn einigte sich der Vollzugsrat, seine wichtigsten Beschlüsse draußen zu lassen und der Delegiertenversammlung vorzulegen. Ein Massenflugblatt, das sich gegen die Hetzartikel der bürgerlichen Presse (— das ist natürlich nur die Auffassung des Vollzugsrats! Red —) wendet, besonders aber gegen die plumpe Behauptung, die Entente wolle die Arbeiter- und Soldatenräte nicht anerkennen, wird genehmigt.

In langer Debatte beschäftigt sich dann der Vollzugsrat mit der Kritik, die in der letzten Soldatenratsversammlung geübt worden ist.

Der Vorsitzende verliest weiter ein längeres Schreiben der Regierung, worin dem Vollzugsrat das Kontrollrecht über die Reichsämter kritisch gemacht wird. In der Debatte erklären mehrere Redner, daß die Regierung unter keinen Umständen dem Vollzugsrat das Recht der Kontrolle absprechen könne.

Die endgültige Regelung der Sache wird dem Reichsausschuß überwiesen.

Der Reichstag der einzige gesetzliche Faktor.

Basel, 12. Dez. (Eigene Nachricht.) „Daily Expreß" meldet aus Paris: Der Alliiertenrat in Versailles erachtet bis zum Zusammentritt der deutschen Nationalversammlung den deutschen Reichstag als einzigen gesetzlichen Faktor, mit dessen Vertretung verhandelt werden kann. Auch Amerika teilt diese Auffassung.

Protest gegen die Einberufung des Reichstages.

WTB. Allenstein, 12. Dezember. (Drahtnachricht.) Der Vollzugsausschuß der Arbeiter- und Soldatenräte des 20. Armeekorps hat heute folgende Depesche an die Reichsregierung Ebert-Haase und an die Reichskonferenz der Arbeiter- und Soldatenräte zu Händen Müller-Allenburg gerichtet:

Protest gegen die Einberufung des Reichstages. Die Arbeiter- und Soldatenräte des 20. Armeekorps stehen auf dem Standpunkt, daß die Nationalversammlung möglichst bald einzuberufen werden muß und daß bis zur Ein- und Durchführung geordneter Zustände die Regierung bezw. die demnächst einzuberufende Nationalversammlung sich vorläufig auf die Arbeiter- und Soldatenräte stützen muß. Arbeiter- und Soldatenräte protestieren auch auf das Schärfste gegen die Einberufung des Reichstages, dessen Mitglieder mit wenigen Ausnahmen vor den Staatsgerichtshof gehören.

Der Vollzugsausschuß des 20. Armeekorps.

Mannheims Besetzung als Repressalie.

Haag, 12. Dezbr. (Eigene Drahtnachricht.) Pariser Blätter melden, daß die Stadt Mannheim besetzt werden soll als erste Repressalie gegen den Mord französischer Gefangener in Langensalza, andere Repressalien werden folgen.

Ungarische Arbeiter zum Wiederaufbau Serbiens.

Budapest, 12. Dez. (Eigene Drahtnachricht.) Gestern nachmittag 3 Uhr ist der erste größere französische Transport eingetroffen, und zwar etwa 200 Mann Marokkaner unter Führung von zwei Offizieren.

Nach den Waffenstillstandsbedingungen ist Ungarn verpflichtet, eine entsprechende Anzahl von Arbeitern nach Serbien zu senden, die dort öffentliche Arbeiten verrichten sollen. In den nächsten Tagen werden bereits 3000 ungarische Arbeiter zum Wiederaufbau Serbiens dorthin abgehen.

Schulschluß infolge der Kohlennot.

WTB. Wien, 12. Dezember. (Drahtnachricht.) Infolge der Kohlennot werden sämtliche Wiener Schulen vom 14. 12. bis 7. 1. 19 geschlossen.

Wilsons Besuch in Paris.

Genf, 12. Dez. (Eigene Drahtnachricht.) Im Salonwagen des Sonderzuges, der am Sonnabend 10 Uhr vormittags in Paris auf der Station Boulogner Gehölz eintrifft, werden Pichon und Leygues den für Wilson bestimmten Sonderbericht der jüngsten Londoner Konferenz und die seither eingetretenen Ereignisse mit Wilson, Lansing und dem zum Vertreter der Vereinigten Staaten bei der Vorfriedenskonferenz ernannten Withe erörtern. Von dem Schlußergebnis dieses wichtigen Gespräches werden auch die Fahrtgenossen Oberst House und der amerikanische General Pershing Kenntnis erhalten.

Nach der jüngsten Radiomeldung hat sich Wilsons Befinden gebessert. Dem übermorgigen Frühstück im Elysée wird eine längere Unterredung Poincarés und Clemenceaus mit Wilson folgen.

New York, 12. Dezbr. Nichtamtlich verlautet, daß Wilson nicht vor Ende Februar nach den Vereinigten Staaten zurückkehren werde.

Lloyd George über die Gestaltung der Zukunft.

Aufhebung der Dienstpflicht. — Voller Schadenersatz durch Deutschland. — Ausweisung aller Deutschen aus England. — Die englische Flotte der „Wachhund der Welt".

k. Hamburg, 12. Dez. (Eigene Drahtnachricht.) Aus dem Haag wird gemeldet: Lloyd George erklärte in einer Rede in Bristol, daß die Dienstpflicht in allen Ländern aufgehoben werden müsse, denn die Existenz von Zwangsarmeen auf dem Kontinent werde die Welt unvermeidlich in neue Kriege stürzen. Die britischen Armeen seien für den Angriff organisiert gewesen, die englische dagegen für die Verteidigung. Darum sei England auch nicht für eine Offensive fertig gewesen. England's Verteidigungswaffe sei die Flotte. Deshalb könne es diese Waffe nicht aufgeben. Dabei streifte Lloyd George die Fragen der Kriegsentschädigung, wobei er erwähnte, daß es bisher immer noch so gewesen sei, daß der Verlierende den Prozeß bezahlen müsse. Ein anderer Grund, warum Deutschland die Kosten bezahlen müsse, sei der, daß

Deutschland viel weniger Kosten gehabt habe wie England.

Lloyd George schätzte die Kriegskosten Englands auf 8 Milliarden Pfund Sterling, diejenigen Deutschlands auf 6—7 Milliarden. Der Unterschied müsse von Deutschland bezahlen werden, was Deutschland auch leicht könne, da es eine 70 Millionenbevölkerung habe gegenüber 45 Millionen in England. Deutschland werde bis zur äußersten Grenze seiner Leistungsfähigkeit zahlen müssen. Vor dem Kriege sei das gesamte Vermögen Deutschlands auf 15 bis 20 Milliarden Pfund geschätzt worden. Da die Rechnung 24 Milliarden Pfund betragen werde, werde der Gesamtreichtum Deutschlands nicht genügen. Er glaube aber, daß der Gesamtreichtum Deutschlands größer sei. Das Kriegsschuldfrage werde eine Kommission zur Prüfung der Einzelposten Deutschlands einsetzen. Lloyd George stellte dann die Bedingung, daß keine große Besatzungsarmee länger unterhalten werden müsse, und daß nicht England die Zinsen für die Kriegsentschädigung dadurch selbst bezahlen müsse, daß in England für Kriegszwecke fertige Waren auf den Markt geworfen würden. England habe großes Interesse daran, daß Deutschland die Gestaltung der neuen Kriegsordnung, die Bestrafung des Kaisers und des Kronprinzen sowie ihrer Mitschuldigen und die Ausweisung aller Deutschen aus England zu fordern. Es müsse eine strenge Bestrafung erwarten und Deutschland müsse es unmöglich gemacht werden, jemals wieder eine Armee von 4—5 Millionen Mann aufzubieten. Die englische Flotte müsse der unerläßliche Wachhund bleiben, der die Meere absucht. Den Schutz seiner Flotte werde England nicht aufgeben.

Gesetze, die es nicht sind.

Von

Dr. Mugdan,

Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses.

Noch immer bestehen über die Vollmacht der Volksbeauftragten (Ebert-Scheidemann usw. für das Reich und Hirsch, Ströbel usw. für Preußen) und des Vollzugsausschusses des Arbeiter- und Soldatenrats Zweifel, die durch die verschiedenen offiziellen Erklärungen — auch nicht durch die letzte — nicht nur nicht beseitigt, sondern sogar vergrößert sind. Haben, wie oft erklärt wurde, die Volksbeauftragten die Exekutive, der Vollzugsausschuß die Kontrolle, so steht eigentlich keinem von beiden Körperschaften der Erlaß von Gesetzen zu. Trotzdem haben die Volksbeauftragten sowohl des Reiches wie Preußens Verordnungen mit Gesetzeskraft verkündet; nur in einem Falle, der Verordnung über die Auflösung des Abgeordnetenhauses, war in der Verordnung erwähnt, daß sie in Uebereinstimmung mit einem Beschluß des Vollzugsausschusses des Arbeiter- und Soldatenrates erfolgt sei.

Vor der Revolution bestand auch darüber kein Zweifel, daß Gesetze nur durch verfassungsmäßig zustande gekommene Gesetze aufgehoben oder verändert werden könnten, und die Befugnis des Bundesrats, während des Krieges selbständig — ohne Reichstag — Gesetze wirtschaftlicher Art zu erlassen, ist auch durch ein Gesetz, durch das Ermächtigungsgesetz vom 4. August 1914, begründet. Nach der Revolution wurden diese Grundsätze vollständig verlassen, obwohl der Bundesrat, wie dies ja ausdrücklich festgestellt worden ist, noch weiter zu Recht besteht. Dies Verschwinden bedeutet eine große Rechtsunsicherheit, denn es ist höchst zweifelhaft, ob in Rechtsstreitigkeiten die Gerichte diese Gesetze, deren Erlaß ohne jede gesetzliche Grundlage erfolgt ist, anerkennen. Es zeigt sich auch hier wieder, daß die Ausschaltung des Reichstags ein schwerer Fehler ist.

Dazu kommt, daß der Inhalt mancher dieser „Verordnungen mit Gesetzeskraft" durchaus unbestimmt ist, daß also diese „Gesetze" die notwendigste Eigenschaft aller Gesetze, eine Klarheit darüber, was sie vorschreiben, vermissen lassen. So hat am 12. November der Rat der Volksbeauftragten des Reiches mit Gesetzeskraft verkündet: die Ausnahmegesetze gegen die Landarbeiter werden außer Kraft gesetzt. Das ist doch nicht anders zu verstehen, als daß alle gesetzlichen Vorschriften, die den Landarbeiter anders behandeln wie den gewerblichen Arbeiter, aufgehoben sind; der Landarbeiter aber, der in diesem Glauben sich freuen würde, daß nun auch alle Vorschriften der Arbeiterversicherung, die ihn gegenüber dem gewerblichen Arbeiter benachteiligten, gefallen sind, hat sich umsonst gefreut. An diesen Vorschriften ist nichts geändert: geblieben sind für den Landarbeiter die Landkrankenkassen mit ihren oft ungenügenden Leistungen, geblieben sind die besonderen Bestimmungen der Krankenversicherung für die Landwirtschaft, geblieben ist die landwirtschaftliche Unfallversicherung. Erreicht ist nur durch die Verkündung — und das ist gewiß erfreulich —, daß nun die Anwendung des Koalitionsrechts den Landarbeitern in jedem Orte Deutschlands zusteht, während dies bisher ihnen in vielen Bezirken verboten war.

Das Koalitionsrecht ist ja durch die Revolution all seiner Fesseln ledig geworden. So wird uns, namentlich in sozialdemokratischen Zeitungen, versichert; denn die Volksbeauftragten der Reichsregierung haben ja mit Gesetzeskraft verkündet: das Vereins- und Versammlungsrecht unterliegt keiner Beschränkung, auch nicht für Beamte und Staatsarbeiter. Daß diese beiden Klassen für das Vereins- und Versammlungswesen nun dasselbe Recht haben wie die gewerblichen Arbeiter ist gewiß ein Fortschritt; aber durch den Wegfall jeder Beschränkung des Vereins- und Versammlungsrechts wird die Anwendung des Koalitionsrechts durchaus nicht vollkommen frei. Dabei soll man auch nicht vergessen, daß schon vor der Revolution das Vereinsgesetz neu allen — übrigens sehr wenigen — freiheitswidrigen Vorschriften gestrichen worden ist und daß schon vor der Revolution der § 153 der Gewerbeordnung gefallen ist, der Gesängnis androht, wenn jemand einen anderen durch Drohungen und dergleichen zu bestimmen versucht, an einer Koalition, insbesondere bei einer Arbeitseinstellung, teilzunehmen. Uebersehen wird hierbei, daß die größte Gefahr bei der Ausübung des Koalitionsrechts im Strafgesetzbuch liegt, in § 360 (grober Unfug), in §§ 240, 241 (Nötigung und Bedrohung) und im § 253 (Erpressung) und in der Auslegung, die das Reichsgericht namentlich den Paragraphen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-191812135/fragment/page=0001

über Erpressung gegeben hat; dadurch hat oft ein achtbarer Arbeiter, der einen Gesinnungslumpen auf seine gewerkschaftliche Pflicht aufmerksam gemacht hat, eine entehrende Freiheitsstrafe erdulden müssen. Am Strafgesetzbuch ist aber nichts geändert worden.

Worte, Worte! Wirtschaft, horatio!

Haldane über die Vorgeschichte des Krieges.

Verhandlungen zwischen den englischen und französischen Generalstäblern lange vor dem Kriege. — Englische Rüstungen. — Mobilmachung 36 Stunden vor der Kriegserklärung!

k. **Hamburg**, 12. Dezbr. (Eig. Drahtnachricht.) Das „Hamburger Fremdenblatt" veröffentlicht den Wortlaut eines Vortrages Lord Haldanes im Bredford College, in dem er weitere Enthüllungen über die Vorgeschichte des Krieges brachte, die in der englischen Presse ständig ignoriert und zum Teil ganz unterdrückt wurden. Lord Haldane sagte:

Unsere Anstrengungen begannen in Friedenszeiten und erfolgten unter dem Einfluß ausgezeichneter militärischer Köpfe. Ich weiß, was ich sage, denn wir als Kriegsminister lag es ob, die jungen Generale zu versammeln, mit deren Hilfe die Expeditionsarmee und die Territorialarmee gebildet und die Offiziere herangezogen wurden. In der großen Rede, in der Sir Edward Grey so gütlich unseren Entschluß, am Kriege teilzunehmen, entzogen, hat er mitgeteilt, wie die französische Regierung 1906 an ihn herantrat und ihm mitteilte, ein deutscher Angriff sei zu befürchten, der uns mit hereinziehen werde. Die Franzosen sagten: Wir verlangen nicht, daß Ihr Euch bindet, Ihr müßt frei sein. Wenn Ihr aber glaubt, die Möglichkeit bestehe, daß Ihr Euch berufen fühlen mögt, in Eurem eigenen Interesse, uns zu Hilfe kommen, einen deutschen Einfall in den nördlichen Teil von Frankreich zu verhindern, dann wäre es weise, wenn Eure und unsere militärischen Behörden Besprechungen hätten, um zu sehen, welche Art militärischer Hilfe Ihr leisten könnt. — Es ist sehr wichtig, zu verstehen, was auf diese Unterhandlungen folgte, die auf französische Veranlassung ganz formlos und nicht bindend zwischen den beiden Generalstäben von Frankreich und Großbritannien stattfanden. Das Ergebnis war, daß eine Frage gestellt wurde, die ich so formulierte: Zu welchem bestimmten Zwecke wird diese militärische Hilfe nötig sein, wenn sie angerufen wird? Das war eine sehr wichtige Frage, die gewöhnlich sehr oberflächlich beantwortet worden ist. Die Franzosen wußten, daß wir keine große Armee haben konnten. Man konnte unmöglich mitten im Frieden auf der Grundlage der allgemeinen Wehrpflicht eine große Armee aufstellen, ohne dafür 30 Jahre Zeit zu haben, und inzwischen hätte es Verwirrung und eine Schwächung der bevorstehenden Stärke abgesetzt, und jeder Versuch eines Systemwechsels angesichts solcher Gefahren, wie sie bestanden, wäre eine große Torheit gewesen. Das alles wurde genau überdacht und wir machten uns daran, das Ergebnis unserer Gedankenarbeit auszuarbeiten.

Es handelte sich nicht um Verteidigung unseres heimatlichen Bodens.

Sie war durch die Beherrschung des Meeres, die überwältigende Flotte und die großen Kräfte hinter ihr vollkommen gesichert. Aber hier kam die Frage und die Antwort. Die Antwort war: Der Zweck jeder britischen Armee muß sein, die große französische Armee so zu ergänzen, daß sie stark genug ist, um die Deutschen aufhalten zu können, wenn sie versuchen sollten, durch einen gewissen Teil von Belgien durchzubrechen. Die Franzosen meinten, wenn wir 100 000 Mann bestimmen und innerhalb 15 Tagen nach Kriegsausbruch diese auf ihrer linken Lorzentrierern konnten, so würde das genügen, um sie instand zu setzen, mit ihren großen Befestigungen und der Hilfe unserer kleinen Armee die Stellung zu behaupten. Als aber die britische Regierung die Sachlage näher prüfte, fand sie, daß alles, was sie an der fraglichen Stelle konzentrieren konnte, nur 80 000 Mann waren und das erst innerhalb zweieinhalb Monaten. Die Franzosen sagten: Wir würden tot sein, bevor Ihr kommen könntet, und sie hatten recht und wir mußten eine Revolution machen. Sie erfolgte unter der Leitung von Sir Douglas Haigh und einer Reihe anderer

Graf Czernin als Ankläger Ludendorffs.

Neue Enthüllungen über versäumte Friedensmöglichkeiten. — Die überragende Stellung Ludendorffs. Wo es dem Ende zuging. — Die voraussehende Revolution.

Graf Ottokar Czernin hielt Mittwoch nachmittag vor Politikern und Zeitungsvertretern in Wien die mit Spannung erwartete große Rede, in der er von manchen bisher unbekannten Dokumenten von historischer Bedeutung Mitteilung machte. Einleitend sagte Czernin, die Oeffentlichkeit habe ein Recht, zu erfahren, warum wir den so heißersehnten Frieden nicht erhalten konnten, ob und wo ein Versagen vorlag.

Czernin führte im einzelnen folgendes aus:

„Immer und immer wieder brauchten wir die deutsche Hilfe.

In Rumänien und in Italien, in Serbien und in Rußland haben wir gemeinsam mit den Deutschen gesiegt. Wir waren in der Lage, den Feind zu Boden zu schlagen, welcher von der Güte des reichen Westens lebt. In unserer Linie war unsere Abhängigkeit begründet durch den Stand unseres Ernährungswesens. Drittens endlich war unsere Abhängigkeit bedingt durch die finanzielle Lage. Wir bezogen monatlich von Deutschland über hundert Millionen Mark, um unsere Valuta zu stützen, eine Summe, die

im Laufe des Krieges auf über vier Milliarden angewachsen

ist. Trotz dieser Abhängigkeit blieb der einzige Weg, zum Frieden zu gelangen, Deutschland zu bewegen, einen Frieden mit Opfern zu schließen.

Dadurch Herbeiführen

Ich glaube, daß es einen einzigen Moment in der Geschichte dieses Krieges gegeben hat, in welchem eine Friedens-Demarche wirklich sehr Lösungsvoll schien. Das war

nach der berühmten Schlacht von Gorlice.

Damals, als die russischen Armeen zurückflutenden, als die russischen Festungen wie die Kartenhäuser fielen, bereitete sich bei manchem unserer Freunde eine Veränderung der Ansicht vor. Ich war damals noch Gesandter in Rumänien, Mißionen war nicht abgeneigt, sich aktiv auf unsere Seite zu stellen.

Die rumänische Armee, welche nach Lage rabien vorzustehen wäre, wäre weit in den Rücken der zurückflutenden russischen Heere gekommen und hätte

nach menschlicher Berechnung in Rußland ein

müssen. Vielleicht wäre dieser Zusammenbruch, den wir später in Rußland erlebt haben, bereits damals eingetreten, und bereits damals, wo es noch kein Amerika am Horizont gab, hätte man noch einen solchen Erfolg vielleicht den Krieg beenden können. Ein solches Vorgehen aber hatte zwei Voraussetzungen: Erstens verlangten die Rumänen als Preis für ihre Mitwirkung eine ungarische Grenzregulierung, und diese erste Bedingung wurde von Ungern-Sternberg abgelehnt; und die zweite Bedingung wäre die gewesen, daß wir nach dem großen Erfolge die Kraft finden, dem Feinde einen Verzichtfrieden anzutragen.

Ich will nicht positiv behaupten, daß es in diesem oder einem ähnlichen Falle möglich gewesen wäre, den Frieden zu erreichen. Ich behaupte nur ganz positiv, daß, solange ich im Amte war, ein solcher Verzicht-Frieden für Deutschland und für uns stets das Maximum des Erreichbaren dargestellt hätte. Die Zukunft wird beweisen, welche Übermenschlichen Anstrengungen wir gemacht haben,

um Deutschland zur Nachgiebigkeit zu veranlassen.

Wenn sie alle mitsammen, so lag die Schuld nicht an dem deutschen Volke, auch meiner Ansicht nach nicht an dem deutschen Kaiser, sondern sie lag bei den führenden deutschen Militärs, welche eine solch unermeßliche Machtfülle an sich gerissen hatten. Von Bethmann bis Rühlmann wollten alle in der Willenskraft den Frieden, aber sie konnten nichts erreichen, weil

die Militärpartei jeden stürzte, der anders zu handeln suchte.

Die deutschen Militärs hatten eine Machtfülle erreicht, wie sie tatsächlich bei selten in der Geschichte ist, und wie sie in ihrer Seelenblindheit nur durch die Schwächlichkeit ihres furchtbaren Zusammenbruchs übertroffen wurde.

Ludendorff war ein Mann von großer, ja genialer Konzeption, von einer nicht zu unterdrückenden Energie und großen Gaben; aber dieser Mann hätte eine politische Vermischung gebraucht, ein politisches Gegengewicht in der Militärhierarchie, und das hat er nicht gefunden. Man muß gerecht sein und anerkennen, daß die deutschen Generale Gigantisches geleistet haben, und es ist eine Zeit gegeben, wo sie von dem deutschen Volke wie Götter verehrt wurden. Es ist schließlich nicht die Schuld, aber jedenfalls keine Entschuldigung für General Ludendorff, daß er die einzige Kraftnatur in ganz Deutschland war, und daß er dadurch die ganze Politik auf das Militär geleitet hat. Ein großer Patriot war Ludendorff, der nichts für sich, sondern nur das Glück Deutschlands wollte. Aber er hatte das Unglück,

die ganze Weltnur durch Potsdamer Brillen zu sehen

und jeden Friedensversuch zu verwerfen, der keinen Siegfrieden brachte. Ludendorff war genau so wie die Staatsmänner in England und Frankreich. Sie alle wollten kein Kompromiß, nur den Sieg. In dieser Beziehung war gar kein Unterschied zwischen ihnen.

Mehrmals nach meinem Amtsantritt hatte ich mit der deutschen Regierung Aussprachen, welche den Herren keinen Zweifel über den Ernst der Situation ließen. Im April 1917, also vor anderthalb Jahren, überreichte ich Kaiser Karl ein Exposé, welches von ihm dem Kaiser Wilhelm geschickt wurde, mit dem Bemerken, er teile meine Auffassung."

Dieses Exposé, das Czernin wörtlich verlas, hatte folgende wesentliche Stellen: „Wenn Eure Majestät mir gestatten, mit jener Offenheit, welche mir vom ersten Tage meiner Ernennung ihr gestattet war, meine verantwortliche Meinung über die Situation entwickeln zu dürfen. Es ist vollständig klar, daß

unsere militärische Kraft ihrem Ende entgegengeht.

Ich verwerfe bloß auf das zur Neige gehende Rohmaterial zur Munitionserzeugung, auf das vollständig erschöpfte Menschenmaterial und vor allem auf die dumpfe Verzweiflung, welche sich mehr oder weniger infolge der Unterernährung aller Volksschichten bemächtigt hat und welche ein weiteres Dauern der Kriegslasten unmöglich macht. Wenn ich auch hoffe, daß es gelingen wird, auch die allernächsten 3 Monate durchzuhalten und eine erfolgreiche Defensive durchzuführen, so bin ich mir doch vollständig klar darüber, daß eine weitere Winterkampagne vollständig ausgeschlossen ist — mit anderen Worten, daß im Spätsommer oder Herbst um jeden Preis Schluß gemacht werden muß."

„Ich glaube nicht," heißt es in dem Exposé weiter, „daß die interne Situation in Deutschland wesentlich anders sieht als hier, nur fürchte ich, daß man sich in Berlin in den militärischen Kreisen

gewissen Täuschungen hingibt.

Ich habe die feste Ueberzeugung, daß auch Deutschland, genau wie wir, am Ende seiner Kräfte angelangt ist, wie dies ja die verantwortlichen politischen Faktoren in Berlin auch gar nicht leugnen. Ich bin fest davon durchdrungen, daß, wenn Deutschland versuchen sollte, eine weitere Winterkampagne zu führen, sich im Innern des Reiches ebenfalls Umwälzungen ergeben werden, welche mir viel ärger erscheinen als ein von den Monarchen geschlossener schlechter Friede. Wenn die Monarchen der Zentralmächte nicht imstande sind, in den nächsten Monaten den Frieden zu schließen, dann werden es die Völker über ihre Köpfe hinweg machen, und dann werden die Wogen der revolutionären Vorgänge alles hinwegschwemmen, wofür unsere Brüder und Söhne heute noch kämpfen und sterben."

ausgezeichneter Offiziere. Sie arbeiteten Tag und Nacht und stellten unsere Armee zum ersten Male in ihrer Geschichte

in Friedenszeiten auf den Kriegsfuß,

um sie mit äußerster Schnelligkeit mobilisieren zu können. Schließlich setzten wir 60 Prozent zu der französischen Schätzung und hatten nicht 100 000, sondern 160 000 Mann und nicht innerhalb 15, sondern innerhalb 12 Tagen. Die meisten Leute wissen nicht, wann wir mobilisierten. Wir mobilisierten um 11 Uhr am 3. August, 36 Stunden bevor wir den Krieg erklärten, und wenige Stunden nach der Kriegserklärung war die Expeditionsarmee mit Hilfe der Flotte schon über den Kanal, bevor jemand es wußte. Ihr erster Teil erreichte den Konzentrationsplatz schon innerhalb 8 Tagen.

Frühestens im August Rückkehr der englischen Besatzungstruppen.

London, 11. Dez. (Reuter.) Bonar Law sagte in einer Rede, man habe die Wahlen nicht bis zur Rückkehr der Soldaten aufschieben können. Die Soldaten würden frühestens am Ende des nächsten Sessionsjahres, also ungefähr im August 1919, zurück sein.

Um Ehre und Recht.

Roman von Fr. Sembdner.

15. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

So konnte es auch nicht auffallen, daß der fremde Herr, der so prächtige Kartenkunststücke machen konnte, im „Weißen Roß" logierte; er stellte sich als Kaufmann Sommer aus Berlin vor, der geschäftlich in Hamhach und Umgegend zu tun hatte. Im Laufe des Abends bot er den jungen Herren auch einige Pretiosen — Ringe und Uhrketten — an und verkaufte auch einige Stücke zu ungewöhnlich billigen Preisen, wie er selbst behauptete, da er diese Pretiosen selbst billig in einer Auktion erstanden hatte.

Fritz Born war das Wesen des Mannes unangenehm, er hielt sich von ihm fern, aber die anderen jungen Leute waren nicht so strupellos, sie fanden Herrn Sommer mit seinen Kartenkunststücken und billigen Pretiosen sehr amüsant, zumal er auch die heiterlichten, nicht immer ganz zweifellosen Witze und Anekdoten erzählen konnte.

Seine in echt jüdischem Jargon vorgetragenen Kalauer riefen lautes Gelächter hervor.

Als dann der Champagner mehr und mehr seine Wirkung tat, rückte man näher zusammen und die Karten wurden hervorgeholt, und bald war ein kleines niedliches Jeu in Gange, an dem sich auch Herr Sommer in vorsichtiger Weise beteiligte.

Bald nahm jedoch das Spiel einen größeren Umfang an, namentlich seit der Förster Rothe gekommen war und sich an dem Spiel beteiligte.

Rother gehörte eigentlich nicht in die Gesellschaft der reichen Gutsbesitzer- und Pächtersöhne hinein. Er war in niederer Stellung bei seiner Erzellenz dem Grafen von Hennersdorf, aber er war über seinen Stand gebildet, da er das Gymnasium und die Forstakademie besucht hatte. Das Examen zum höheren Forstdienst hatte er nicht bestanden, war eine Zeitlang recht verbummelt, bis er dann die Stelle des Försters bei dem Grafen Hennersdorf erhielt. Er war jetzt ein Mann von etwa 40 Jahren mit einem schlauen Fuchsgesicht, aus dem die große Nase in bläulich-roter Färbung hervorragte. Er erfreute sich keines guten Rufes, er war ein Trinker und Spieler, aber er verstand es, Ordnung in seinem Revier zu halten, das, hoch im Gebirge liegend, früher der Schauplatz zahlreicher Wilddiebereien und Holzdiebstähle gewesen war. Mit schonungsloser Härte ging er gegen die letzteren vor, und seit er zwei Wilddiebe die er auf frischer Tat ertappte, über den Haufen geschossen und mehrere andere in das Gefängnis gebracht hatte, störten diese Unregelmäßigkeiten in seinem Revier auf, weshalb Graf Hennersdorf über die scheinbaren Eigenschaften seines Försters hinwegsah.

Rother schien von vornherein großes Gefallen an Herrn Sommer zu finden. Er ließ sich mit ihm in ein längeres Gespräch ein, dann spielten sie zusammen Karten und Rother ermunterte und reizte Herrn Sommer zu immer größeren Sätzen.

Schließlich hatte Herr Sommer gegen Rother, der die Bank hielt, eine ziemlich bedeutende Summe verloren. Rother legte die Karten weg.

„Wer hält jetzt die Bank, meine Herren?" fragte er. „Ich gebe sie gern ab . . ."

Es war Fritz, der sich an dem Spiel nicht beteiligt hatte, als wenn der Förster mit Herrn Sommer einen raschen Blick eines gewissen Einverständnisses tauschte.

„Wenn es den Herren recht ist, werde ich die Bank nehmen", sagte Sommer. „Ich habe gegen Herrn Rother eine große Summe verloren und möchte mich etwas rangieren."

„Ja, nehmen Sie nur die Bank", hieß es von allen Seiten, da man dem fremden Herrn, der mit so ich leichtem Anstand eine bedeutende Summe verloren hatte, entgegenkommen wollte.

„Ich danke Ihnen", entgegnete dieser. „Aber wir müssen ein neues Spiel Karten haben, so erfordert es die Spielregel. Herr Rother, würden Sie die Güte haben, ein neues Spiel von dem Wirte zu holen?"

„Gern", sagte dieser und erhob sich, wobei er und der Fremde wieder einen raschen Blick wechselten.

Nach kurzer Zeit erschien der Förster wieder und warf ein Spiel neuer Karten auf den Tisch.

Das Spiel begann so neuem. Zuerst mit wechselndem Glück, bald gewann der Bankhalter, bald die Spieler. Da machte der Bankhalter plötzlich einige große Schläge, welche der Förster verlor.

„Der verwetzter!" rief dieser. „Da wollen wir doch einmal sehen, ob wir die Bank nicht sprengen können!"

Er setzte hoch und gewann und gewann wieder und wieder. Nun gerieten auch die anderen in Eifer. Die zehn von Wiethold zerlorenen Flaschen Champagner waren längst ausgetrunken; Herr Sommer hatte neue bestellt und der Wein hatte die Köpfe der jungen Leute erhitzt. Immer höher wurde das Spiel, nicht mehr mit Talern wurde gesetzt, sondern mit Goldstücken und Zwanzigmarkscheinen. Ja, dieser und jener setzte schon mit Hundertmarkscheinen.

Aber hatte der Bankbuchhalter früher verloren, so schien sich das Glück jetzt gewendet zu haben. Er gewann Schlag auf Schlag, der Förster hatte seinen früheren Gewinn bereits wieder verloren, er trank und fluchte, spielte aber nicht mehr mit, sondern animierte nur die anderen und wußte schließlich diese in einen Taumel der Leidenschaft hineinzuziehen, daß sie jede Selbstbeherrschung und Berechnung verloren.

Langner und Wiethold hatten bereits alles bare Geld verloren, sie ersuchten Herrn Sommer um ein Darlehen.

„Ich würde es gern tun, meine Herren", sagte dieser mit freundlichem Lächeln, „aber wir kennen uns ja gar nicht. Wenn Sie mir Ihre Unterschrift unter einen Wechsel geben wollten, dann steht Ihnen so viel zur Verfügung, wie Ihnen beliebt."

Die leichtsinnigen jungen Leute erklärten sich dazu bereit. Sommer holte aus seiner Brieftasche einige Wechselformulare hervor.

„Wenn Sie nur unterschreiben wollen", sagte er mit liebenswürdiger Miene. „Die Summe können wir ja vorläufig offen lassen — man weiß nicht, wie das Spiel endet, entweder gewinnen Sie das Geld zurück, dann zerreißen wir die Formulare, oder — Sie gebrauchen noch mehr Geld, wie eben jetzt."

„Es ist schon recht", lallte Langner, der schon halb betrunken war. „Wir fürchten uns nicht vor einem solchen Lappen. Nicht wahr, Wiethold?"

„Nee", brummte dieser. „Wir haben's ja dazu . . ." Und sie setzten ihre Namen auf das ominöse Papier und erhielten das Geld.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-191812135/fragment/page=0002

Die englische Marine-Kommission in Hamburg.

Der unsertige Kreuzer „Mackensen".

Hamburg, 12. Dez. Die englische Schiffsbesichtigungskommission ist heute morgen ½10 Uhr in einer Barkasse des Hafenamtes erst der Werft von Blohm und Voß angekommen und hat sich dann nach dem Sandtorquai begeben, um die in Dienst befindlichen Minenboote zu besichtigen. Die Kommission besteht aus einem Korvettenkapitän und vier Seeoffizieren, von denen einer als Dolmetscher Dienst tut. Die englische Kommission drückte ihr höchstes Erstaunen aus, daß der Bau des Kreuzers „Mackensen" noch nicht weiter gefördert sei. Sie sei bis heute fest der Ansicht gewesen, daß das Schiff unbedingt schleppfähig sei, und habe hierin eine Nichterfüllung der Waffenstillstandsbedingungen erblickt.

Die englische Hungersperre in der Ostsee.

Die papiernen Zusagen.

Berlin, 12. Dez. Der durch den Waffenstillstand den Engländern erlaubte Eintritt in die Ostsee, den sie während des ganzen Krieges nicht zu erzwingen gewagt haben, hat den ungestörten Verkehr zwischen deutschen und nordischen Häfen mit einem Schlage lahmgelegt. Die Engländer verhängen über die deutsche Ostseeküste die Hungersperre und entziehen Deutschland auch die Quellen der Versorgung, die es während des Krieges noch hatte. Das geschieht nach Abschluß eines Waffenstillstandes, in dessen Artikel 26 ausdrücklich die Zusage gemacht war, Deutschland während der Dauer des Waffenstillstandes in dem als notwendig erkannten Maße durch Lebensmittel zu versorgen. Auch die nordischen Länder bleiben nicht unberührt von dieser neuen englischen Vergewaltigung. So liegen zum Beispiel in Deutschland mehrere Dampfer mit Salz, Petroleum usw. für den norwegischen Heringsfang. Die Gefahr der Kaperung verhindert diese, die Fahrt nach Norwegen anzutreten. Ebenso liegen in den nordischen Häfen Dampfer mit Fischproviant, der verdirbt, weil die Engländer ihre Hungersperre auch auf die Ostsee ausgedehnt haben.

Altdeutsche Elsässer zur Zwangsarbeit nach Belgien.

Berlin, 12. Dezember. Aus zuverlässiger Quelle erfährt W.T.B.: Etwa 1000 junge Männer, Söhne von altdeutschen Eltern, sind aus Straßburg zur Zwangsarbeit nach Belgien abgeführt worden.

Briefpost für Elsaß-Lothringen über Frankreich.

Haag, 12. Dez. Das Korr.-Bureau meldet: Die Postdirektion gibt bekannt, daß vom 12. d. M. an die Briefpost für Elsaß-Lothringen über Frankreich geleitet wird.

Abreise der japanischen Friedensdelegierten.

Yokohama, 10. Dezbr. (Reuter.) Die japanischen Delegierten für die Friedenskonferenz reisen heute nach San Francisco ab.

Die Verkehrstruppen für frühere Einberufung der Nationalversammlung.

Berlin, 12. Dez. In der heute hier tagenden Versammlung der Delegierten der gesamten Nachrichtentruppen Deutschlands ist folgende Entschließung angenommen worden: „Die vom 10. bis 12. Dezember 1918 in Berlin versammelten Delegierten der Nachrichtentruppen ganz Deutschlands stehen in Uebereinstimmung mit etwa 150 000 Kameraden fest hinter der jetzigen Regierung und bekämpfen mit Entschiedenheit die Umtriebe aller Parteien, die Aufruhr und Unordnung herbeiführen wollen. Sie legen Verwahrung ein gegen die Regierung, die Nationalversammlung einzuberufen, sind jedoch der Ansicht, daß eine frühere Einberufung als zum 16. Februar sehr wohl möglich und für die gedeihliche Fortentwicklung der sozialistischen Republik unbedingt erforderlich ist."

Deutsches Reich.

Ein freiwilliges Volksheer.

Von zuständiger Seite wird bestätigt, daß im Schoße der Regierung die Gründung eines Volksheeres geplant wird. Wenn auch noch keine bindenden Entschlüsse vorliegen, so können doch einige Grundsätze des Planes hier mitgeteilt werden. Die Regierung steht auf dem Standpunkte, daß die jetzt noch unter Waffen stehenden Truppen entsprechend den für die Demobilmachung getroffenen Maßnahmen sobald wie möglich zu entlassen sind und das bisherige Wehrgesetz trotz des Revolutionsrechtes als aufgehoben zu betrachten sei. Bisher wurden im Frieden die Rekrutenkontingente zweier Jahre in den Kasernen behalten. Seit der Erhöhung des Kontingents im Jahre 1913 umfaßte ein Rekrutenjahrgang 360 000 Mann, so daß mit Hinzuzählung der Offiziere usw. der Friedensstand des Heeres etwa 750 000 Mann betrug. Da die gegenwärtige Regierung ein Fortbestehen der Dienstpflichtarmee wie der Demobilisierungsnicht anerkennt, so will sie das neue Volksheer durchaus auf die Grundlage der Freiwilligkeit stellen. Man setzt voraus, daß aus der Reihe der jüngsten Jahrgänge sich genügend Mannschaften melden werden, um die Kaders für die Freiwilligenarmee zu bilden. Die freiwilligen Dienstzeiten — ein Dienstzwang besteht nicht — sollen ausreichende Bezahlung erhalten. Sie sollen ihre Führer selber wählen. Wahrscheinlich wird die Einstellung von Berufsoffizieren als Instruktoren, die zu unvermeidlich ist, erfolgen.

Wir entnehmen uns zu dieser Meldung, deren Richtigkeit nicht zu bezweifeln ist, heute jeden Kommentars. Red.

Wirtschaftsleben und Nationalversammlung.

Berlin, 12. Dezember. Die Arbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands in Berlin hat folgende Entschließung gefaßt: „Angesichts der dem deutschen Wirtschaftsleben drohenden Gefahren hält es die Arbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands, die die gesamte organisierte Unternehmer- und Arbeiterschaft Deutschlands angehört, für dringend geboten, daß die Einberufung der Nationalversammlung beschleunigt wird, damit sich die wirtschaftlichen Verhältnisse sobald als möglich festigen."

Wie Fritz Thyssen verhaftet wurde.

Berlin, 12. Dezember. Zur Verhaftung der rheinischen Großindustriellen bringt die „B. Z. a. M." Darstellungen von Fritz Thyssen und E. Stinnes. Fritz Thyssen erzählt unter anderm: Erst im Moabiter Untersuchungsgefängnis, wo sie vom Polizeipräsidenten Eichhorn vernommen wurden, erfuhren die Verhafteten, weswegen sie beschuldigt wurden. Sie hoben sofort den Beweis dafür an, daß sie an dem fraglichen Tage gar nicht in Dortmund gewesen sind, weiter, daß Auguste Thyssen senior sogar am Bahnhof in Mülheim festgenommen wurde, als er gerade von einer mehrtägigen Reise zurückkam. Die angebotenen Zeugen, unter denen sich auch der Oberbürgermeister von Mülheim befand, wurden aber vom Polizeipräsidenten abgelehnt und nicht gehört. Wie E. Stinnes unter anderm mitteilte, war er erst am Tage seiner Verhaftung mit einer Lokomotive aus dem Felde zurückgekehrt. Er wurde zu seiner großen Ueberraschung aus seinem Arbeitszimmer geholt, die Beauftragte des A.- und S.-Rates ihn zu sprechen wünschten. Diese erklärten ihm sofort für verhaftet und führten ihn ohne Federlesen in das Mülheimer Gefängnis ab. In Mülheim seien weder Schriftstücke noch sonst irgendwelche Urkunden beschlagnahmt worden. Es lag offenbar eine Verwechslung mit einer Versammlung von Zementinteressenten vor, die am 4. Dezember in Dortmund stattgefunden hatte. Die Herren haben dem Soldatenrat sowohl die Präsenzliste wie das Protokoll zu den Verhandlungen zur Verfügung gestellt. Daraus hat sich ergeben, daß keiner der Verhafteten in Dortmund gewesen ist.

Aufhebung des Religionsunterrichts in Hamburg. Der Religionsunterricht fällt in Hamburg vom 1. Januar 1919 ab in allen öffentlichen Schulen und Erziehungsanstalten des ehemaligen Hamburgischen Staates fort. Religiöse Schulandachten werden nicht mehr abgehalten. Es bleibt den Eltern und Vormündern unbenommen, ihren Kindern und Pflegebefohlenen außerhalb der Schule Religionsunterricht erteilen zu lassen.

Halle und Umgebung.

Halle, den 13. Dezember 1918.

Die Auslieferung der deutschen Kriegsgefangenen.

Herr Paul Riemer, hier, Abteilungsvorsteher der Allgemeinen Hallischen Ortskrankenkasse, hatte sich an die Reichsregierung in Berlin mit der Bitte um eine amtliche Aeußerung über die künftigen Geschicke der deutschen Kriegsgefangenen gewendet, da in vielen Familien schwere Beunruhigung wegen der verschiedenen Gerüchte entstanden war und unter Berufung auf angeblich „zuverlässige Informationen" oder „Leute, die es ganz bestimmt wissen müssen, weil sie diese Sachen bearbeiten", immer wieder versichert wurde, daß die Entente unsere Gefangenen nicht auslieferen, sondern zum Zwecd des Wiederaufbaues der verwüsteten feindlichen Städte und Dörfer noch jahrelang zurückhalten würde. Von einigen wurde gesagt, vier Jahre, von anderen, die es ganz genau wissen wollten, sechs Jahre.

Auf seine Eingabe hat Herr Riemer nachstehenden Bescheid erhalten:

Auswärtiges Amt. Berlin, den 10. Dezember 1918.
Herrn Paul Riemer, Halle a. S.

Auf die gefällige Eingabe vom 19. ds. Mts. beehre ich mich zu erwidern, daß die Reichsleitung es als eine ihrer vornehmsten Aufgaben betrachtet, mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln auf eine beschleunigte Rückkehr der deutschen Kriegsgefangenen hinzuwirken. Im Waffenstillstandsvertrage ist ausdrücklich ausbedungen worden, daß die Rückkehr bei Abschluß des Präliminarfriedens geregelt werden solle.

gez.: Busche.

Der große Arbeiterrat.

tagte gestern, Donnerstag. Zunächst wurde von den Genossen Albrecht und Osterburg beanstandet, daß der Vorstand des mittleren Rates zugleich den Vorstand des großen Rates bilden solle, sondern der große Rat solle sich seinen Vorstand selbst wählen. Genosse Chemnitz machte den Vermittelungsvorschlag, daß sowohl der große wie der mittlere Rat je einen Vorsitzenden mit gleichen Rechten wählen. Genosse Thiele schlägt vor, daß 2 Vorsitzende mit gleichen Rechten und 3 Schriftführer durch den großen Rat gewählt werden. Genosse Kilian hält es für wünschenswert, daß der mittlere Rat ebenfalls im Vorstande des großen Rates vertreten ist. Schließlich werden durch Stimmzettel gewählt als erster Vorsitzender Albrecht, als zweiter Kilian, als Schriftführer Gräfe, Osterburg und Günther.

Hierauf macht Genosse Kilian Mitteilung von einem Anschlag der Eisenbahndirektion an den Dienststellen, in dem die Angaben Kilians in der letzten Sitzung des großen Arbeiterrates und in einem Aufsatz im „Volksblatt" als unzutreffend hingestellt werden. Die vom Arbeiter- und Soldatenrat zu Halle angestellte Hausbuchung habe nicht den geringsten Beweis für die Behauptung erbracht, daß Unregelmäßigkeiten bezüglich der Lebensmittelannahme vorgekommen seien. Es wären keine Lebensmittel, sein Spec beim Rechnungsrat Mathes gefunden worden. Dieser wäre auch nicht disziplinär tragt geworden, weil er bisher stellt worden sei; er bestände sich auch bereits wieder im Dienst. Die Eisenbahndirektion wäre über-engt davon, daß ihre Vorratspolitik begründet sei. — Genosse Kilian bemerkt nun hierzu, daß ein großer Teil dieser Behauptungen nicht den Tatsachen entspreche. Bei der Hausbuchung seien beim Rechnungsrat Mathes 130 Pfund Erbsen, mehr als ein Viertel Zentner Kunstbonig und 200 Pfund Speck vorgefunden worden. Eine solche Menge Lebensmittel könnte nicht in einem Vierteljahre „gespart" werden. Genosse Kilian sieht noch hinzu, daß die Untersuchungen der auch die Polizeiverwaltung beteiligt wäre, weitere Feststellungen ergeben werde.

Es kommt nun unter der neuen Leitung von Genossen Albrecht zur Wahl von Mitgliedern zum großen Arbeiter- und Soldatenrat in Berlin, der am 16. Dezember tagen wird. Zunächst wird von ihm mitgeteilt, daß vom Bezirksrat zu Merseburg Protest gegen die bereits in Merseburg vollzogene Wahl von 8 Vertretern als nicht berechtigt zurückgewiesen worden sind. Der hiesige Arbeiterrat hatte ebenfalls Protest erhoben, obwohl in Merseburg aus Halle bereits die Genossen Albrecht und Koschen als Vertreter gewählt worden sind. Halle wollte seinen Vertreter selbst wählen. Noch längerer Aussprache wird der Bezirksrat in Merseburg ersucht werden, in ähnlichen Fällen in Zukunft nicht wieder in der gleichen Weise zu verfahren, wie das aus Anlaß der Reisewahl für Berlin geschehen ist, sondern es sollen zuvor die Kreise gehört werden. Es bleibt aber bei der nun einmal vorgenommenen Wahl.

Der Vorsitzende Albrecht macht sodann Mitteilung über die Tätigkeit des Bezirksrates in Merseburg. Durch zwei vom Bezirksrate ernannte Kommissare werden die Arbeiten der Regierung daselbst kontrolliert. Es kommen ungefähr 200 Beamte usw. in Frage. Auf den Werken scheint sich eine ähnliche Bewegung wie hier bei der Reichsbank geltend zu machen. Genosse Kilian macht die Aufmerksamkeit auf die Kohlenfrage, daß die Gasanstalten, die nicht mehr arbeiten wollen, oder nur noch mit Unlust arbeiten, der Produktion hinderlich seien und aus den Kohlenrevieren entfernt werden müßten.

Genosse Kilian macht hierauf aufmerksam, daß sich die Arbeiter- und Soldatenräte bei Verordnungen und Einrichtungen mit Besetzungen in Verbindung setzen müssen, um sich nicht Arbeit fertigerten zu lassen. Interessant ist hierbei die Mitteilung, daß in der Wallerer Mühle 6000 Zentner Mehl lagerten, die nach Oesterreich gehen sollten und die der Arbeiterrat gern für die Stadt Halle beschlagnahmt hätte. Das Mehl wird aber in diesen Tagen auf Anordnung der Regierung abgehen. Ob es nach Oesterreich gelangen wird, ist natürlich sehr fraglich.

Zum Schluß bittet Genosse Kilian eine Erklärung ab, die sich auf die Benennung des Herrn Stadtverordnetenvorstehers in der letzten Stadtverordnetensitzung bezieht, wonach der Arbeiterrat es nicht für nötig erachten habe, ihm davon Mitteilung zu machen, daß dieser für denselben Tag im Stadthause eine Sitzung anberaumt hatte. Kilian erklärt, die Arbeiter- und Soldatenräte seien lediglich vollziehende Gewalt, ihnen unterstehen die öffentlichen Gebäude und es stehe dem Stadtverordnetenvorsteher nicht das Recht zu, vom Arbeiterrat eine dementsprechende Mitteilung zu verlangen. Umgekehrt wäre es richtig, denn das Organ der Selbstverwaltung sind wir, Genosse Drescher ist anderer Meinung. Man hätte sich in seiner Ehre absolut nichts vergeben, wenn man dem Stadtverordnetenvorsteher die betreffende Mitteilung hätte zukommen lassen. Mit blanker Grobheit beschäftigt man sich seinen Respekt. (Redner wird durch Zurufe unterbrochen und muß darauf aufmerksam machen, daß die Versammlung auch andere Meinungen anhören müsse.) Vorsitzender Albrecht gibt hierzu bekannt, daß der Bezirks-Arbeiter- und Soldatenrat in Merseburg beschlossen habe, die jetzige Neuerung zu ersuchen, die Stadtverordneten- und Gemeindevertretungen aufzulösen und durch Neuwahlen umzugestalten. Den Ausführungen Dreschers wird von mehreren Rednern widersprochen. Genosse Kilian bemerkt, daß sich die Mitglieder des mittleren Arbeiterrates und des Vollzugsausschusses bemühen, im Verkehr mit den Behörden den nötigen Takt zu bewahren. Der Herr Stadtverordnetenvorsteher fühle sich lediglich gekränkt, da er keine Gewalt mehr besitze. Der Magistrat habe in dieser Beziehung anders verfahren und dem engeren Rat mitgeteilt, daß er für einen bestimmten Tag gewisse Räume im Stadthause benötige.

Nach einigen persönlichen Bemerkungen wird die Sitzung ½9 Uhr geschlossen.

Päckchenbriefe an Gefangene in England sind künftig nur noch bis zum Gewicht von 500 Gr. zulässig. Schwerere Sendungen müssen als Pakete verschickt werden. Bis zum 22. Dez. einschließlich können an Gefangene in England wie auch in anderen feindlichen Ländern weder Pakete noch Päckchen abgesandt werden, worauf erneut hingewiesen wird.

Tariferhöhung auf allen deutschen Bahnen. Ueber die Notwendigkeit einer Erhöhung der Personentarife auf sämtlichen deutschen Eisenbahnen herrscht unter den Finanzministern der deutschen Bundesstaaten völlige Uebereinstimmung. Wie verlautet, dürfte der Zuschlag sich zwischen 50 und 60 Prozent der jetzigen Fahrpreise bewegen, während ursprünglich nur an eine Erhöhung um etwa 15 Prozent gedacht war.

Von den Truppen im Osten wird noch immer über das Ausbleiben von Nachrichten aus der Heimat lebhaft geklagt. Es wird daher nochmals darauf hingewiesen, daß an die Heeresangehörigen in den besetzten Ostgebieten (Curland, Estland, Finland, Litauen und den besetzten Teilen von Großrußland sowie Ukraine, Heeresgruppe Kiew) Feldpostsendungen aller Art, außer Briefsendungen über 50 Gramm Gewicht (Päckchen), nach wie vor zugelassen sind. Zur Beruhigung der Truppen, auch mit Rücksicht auf das bevorstehende Weihnachtsfest, werden die Angehörigen in der Heimat dringend gebeten, mit der Absendung von Nachrichten nach dem Osten nicht zurückzuhalten. Die Aufschriften der Sendungen sind zweckmäßig mit dem Zusatz „Osten" zu versehen.

Bezüßungsgottesdienst für die heimkehrenden Krieger. Nach den Mitteilungen des Konsistoriums der Provinz Sachsen soll der Hauptgottesdienst am zweiten Weihnachtstage als Begrüßungsgottesdienst für die heimkehrenden Krieger ausgestattet werden. Wo die Verhältnisse der Gemeinde es erfordern, kann auch ein anderer Zeitpunkt dafür festgesetzt werden.

Vermischtes.

t. Die Schliche des Goldschmugglers. Das Höchste Gericht in Kopenhagen hat jetzt einen der dreistesten dänischen Goldschmuggler zu 40 000 Kronen Strafe und drei Monaten Gefängnis verurteilt, nachdem man ihm nachgewiesen hatte, daß er 40 000 Kronen in Gold aus dem Lande geschmuggelt hatte. Polizei und Zollamt hatten ihn lange im Verdacht, aber selbst bei der genauesten Untersuchung konnte man nichts finden. Erst bei der Gerichtsverhandlung kam es heraus, daß er das Geld im — Darm versteckt hatte.

t. Kriegswucher in Amerika. Es ist, so schreibt die „Financiel Times", interessant, zu beobachten, wie der durch den Krieg bedingte Erwerbssinn auch in den außereuropäischen Ländern um sich gegriffen hat. Besonders in den Vereinigten Staaten haben sich die Kriegswucherer ganz eine Art ausgezeichnet, die ihre englischen Genossen vollständig in den Schatten stellt. Aus einem amtlichen Bericht geht hervor, daß die Gewinne, die gewisse amerikanische Lebensmittelbetriebe erzielt haben, geradezu skandalös sind, wenn auch die Gewinne auf fast allen Gebieten einen gewaltigen Umfang angenommen haben. Diejenigen, die ein meisten im Kriege gewuchert zu haben scheinen, sind die Fleischkonservenfabriken. Fünf der größten Firmen haben eine Ehre darein gesetzt, die Gesetze zu umgehen. Eine bekannte Fabrik hat einen Gewinn von 263 v. H. gemacht; die Armour-Gesellschaft bezifferte ihren Gewinn in einem Jahr zwar offiziell nur auf 27 v. H., aber 1916 wurde das Aktienkapital von 20 auf 100 Millionen erhöht, indem man Gratisaktien ausgab. In den Jahren 1915/17 haben die fünf Firmen, die den „Trust" bilden, 140 Millionen Dollar eingeheimst, von denen 120 Millionen Kriegsgewinn sind. Eigentümlicherweise haben die kleinen Firmen außerhalb des Ringes noch höhere Gewinne gemacht. Auch die amerikanischen Mühlen sollen Riesengewinne gemacht haben, und die Gewinne der Stahlindustrie werden als geradezu phantastisch bezeichnet. Die Zwischenhändler haben verhältnismäßig ebensoviel am Kriege verdient, wie die Fabrikanten selbst.

Ein peinlicher Irrtum. Fürst Hermann Pückler, der Schöpfer des berühmten Muskauer Parkes, kam einmal nach Paris und ließ sich dort bei dem Bey melden. Dieser bereitete jedoch einen großen militärischen Empfang vor, bei dem er beabsichtigte, seinem Besucher den Nischan-Iftikar-Orden zu verleihen. Kurz, bevor er sich indes zu dem Bey begeben wollte, wurde der Fürst indes von einem heftigen Unwohlsein befallen, durch das sein Gesicht derartig entstellt, daß er nicht zu erkennen war. Er sandte daher seinen Leibjäger mit einem Brief nach dem Palast, um den Bey zu bitten, den Empfang aufzuschieben. Als der in seine mit Silberschnüren verzierte Livree gekleidete und mit Feder und breitem Bandelier geschmückte Leibjäger vor dem Palast aus dem Wagen stieg, meinten die braven Janeser nicht anders, als der erwartete Fürst sei gekommen, und sogleich begannen die vorgeschriebenen Empfangszeremonien. Der Leibjäger war natürlich überrascht; da er indes nicht ein einziges Wort der Landessprache verstand, ließ er sich ruhig zum Bey führen, um ihm so schnell wie möglich den fürstlichen Brief abzuliefern. Auch der Bey empfing ihn, jedoch als den erwarteten hohen Gast und hängte ihm nach einer feierlichen Rede eigenhändig das Großkreuz seines Ordens an den Hals. Es dauerte natürlich nicht lange, bis der Irrtum aufgeklärt wurde, und Fürst Pückler konnte nichts besseres tun, als den peinlichen Eindruck so weit wie möglich durch eine schleunige Abreise vergessen zu machen.

i.

Er war gar nicht so verrückt . . . Auf einer Bank im Park der Irrenanstalt saß — so erzählt die Kopenhagener Zeitung „Dagens Ekko" — ein Patient in der Sonne mit einer Angel in der Hand und tat, als ob er angelte. Die Schwester mit einem Korb am Arm schaukelte über einer Gruppe Tulpen. Ein Herr kam vorbeigegangen: „Armer Idiot", dachte er, „es ist wirklich schade um ihn." Und laut fragte er: „Was tun Sie?" „Ich angle", antwortete der Alte ernsthaft. „Ach so, und wie lange denken Sie hier zu sitzen?" „Den ganzen Tag." „Hören Sie, kommen Sie lieber mit und trinken Sie eine Tasse Kaffe." Der Alte legte die Angel hin und ging mit dem freundlichen Herrn zu einem nahen Kaffeehaus. Da bekam er eine Tasse Kaffee und eine Zigarre. „Also, Sie haben gemogelt?" sagte der Herr. „Und wieviel haben Sie heute gefangen?" Der Alte blies eine Rauchwolke von sich: „Sie sind der Vierte!" antwortete er.

t.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-191812135/fragment/page=0003

Provinzial-Nachrichten.

Die A.- und S.-Räte gegen die Bildung einer Republik Thüringen.

Erfurt, 11. Dez. Die Delegierten sämtlicher Arbeiter- und Soldatenräte Thüringens waren gestern in Erfurt zu einer Konferenz zusammengetreten, in der die Vorzüge und der staatliche Ausbau einer großthüringischen Republik im Rahmen einer großdeutschen bundesstaatlichen Republik festgelegt werden sollte. Das Resultat der über vier Stunden währenden, zum Teil temperamentvollen Debatte war jedoch ein ganz anderes, indem man sich mit allen gegen die Stimme von Apolda-Altenburg für die Schaffung einer deutschen Einheitsrepublik entschied. An die Bildung einer Republik Thüringen soll erst herangetreten werden, wenn der Plan der Schaffung einer deutschen Einheitsrepublik auf der deutschen Nationalversammlung scheitern sollte. Es wurde ein Ausschuß von zunächst je einem Mitglied aus jedem thüringischen Bundesstaat und drei Mitgliedern aus den preußischen Teilen Thüringens zur weiteren Verfolgung dieser Angelegenheit gewählt.

? **Merseburg**, 12. Dez. (**Stadtverordneten-Versammlung.** — Ein Betrüger.) Der Stadtverordnetenversammlung wohnte man zum ersten Male ein Vertreter des Soldatenrates nebst Wachtposten mit Gewehr bei. Dem Eindringen, die Waffe aus dem Saale zu entfernen, wurde nicht stattgegeben. Die wichtigste Vorlage betraf die Gehaltsregelung der städtischen Beamten mit den Regierungsbeamten und Teuerungszulagen für Lehrer (je nach dem Dienstalter bis zur Gesamthöhe von 300 Mark). Der Lehrerverein hatte durch seinen Vorsitzenden Stadtverordneten Junker 500 Mark nach dem Grundgehalt beantragt. — Im Kreise treibt schon wieder ein Betrüger sein Unwesen. Er sucht alleinstehende Kriegsfrauen auf und gibt an, vom Landratsamt beauftragt zu sein, ein Entlassungsgesuch für den Ehemann oder Sohn anzufertigen. Natürlich läßt er sich diese Arbeit gut bezahlen. In einem Falle erschwindelte er sich jetzt auf diese Weise 600 Mark.

? **Merseburg**, 12. Dez. (**Knochenkocherei der hallischen Fleischer-Innung. — Vom Zuge zermalmt**) Eine Knochenkocherei will die Fleischer-Innung zu Halle hier an der Halle-Laucstedter Chaussee errichten. Sie hat um die Genehmigung des Landrats nachgesucht. — Ein gräßlicher Unglücksfall ereignete sich Dienstag abend auf dem hiesigen Personenbahnhof. Die 20jährige Tochter des Eisenbahnassistenten Brückner besuchte dort ihren im Dienst befindlichen Vater und verabschiedete sich um 8 Uhr mit dem Bemerken, nach Hause gehen zu wollen. Bald darauf fand man auf den Gleisen die gräßlich verstümmelten Leichenteile eines Mädchens, dessen Personalien vorläufig nicht ermittelt werden konnten. Als der Assistent B. um 10 Uhr in der Wohnung ankam und seine Tochter noch nicht vorfand, ahnte er Schlimmes. Er ging sofort nach dem Bahnhof zurück und mußte hier in der Toten seine eigene Tochter feststellen.

Bautzen, 12. Dez. (**Der durch Großfeuer in der Eisengießerei der Maschinenfabrik A.-G., angerichtete Schaden**) beträgt nahezu ¾ Millionen Mark. Neben dem Modellhaus, in dem für 400 000 Mark Modelle vernichtet wurden, ist auch die Dreherei eingeäschert worden, wo für 300 000 M. Maschinen den Flammen zum Opfer fielen.

Dessau, 12. Dez. (**Ansehnliche Beute.**) In der Nacht zum Montag wurden aus einem Geschäft der Mittelstraße für zirka 32 000 Mark seidene Blusen (rosa, fliederfarben und dunkelfarbig), Damenmäntel, Kleider, Kostüme, seidene Unterröcke und seidene Bettstoffe gestohlen.

Leipzig, 12. Dez. (**Für 50 000 Mark Pelzwaren**) haben vermutlich in der Nacht zum 9. d. M. Diebe in einem Pelzkorsettfabrikationsgeschäft im Brühl gestohlen.

Stadtsulza, 12. Dez. (**Dem Oberbergrat Ziervogel**) wurde das Ehrenbürgerrecht verliehen. Die Ueberreichung der Urkunde erfolgte am 50. Geburtstage.

Quedlinburg, 12. Dez. (**Eine Straßenkundgebung**) wurde von der Vereinigung aktiver Unteroffiziere veranstaltet. Unter Vorantritt des Trommler- und Pfeiferkorps der Präsidandenanstalt sowie der Kapelle des Ersatz-Bats. 165, dem sich Vertreter des A.- und S.-Rates, der Beamten- und Bürgerschaft angeschlossen hatten, marschierten an der Spitze des Zuges die Veranstalter der Kundgebung — das aktive Unteroffizierkorps —, dem zahlreiche Soldaten der Garnison folgten. Der Zweck der Veranstaltung war eine Vertrauenskundgebung für die provisorische Regierung Ebert-Haase, verbunden mit einer Aufklärungstätigkeit für die schnelle Einberufung der Nationalversammlung. Auf dem Marktplatze wurden verschiedene Ansprachen gehalten. Nachdem von der Musik dann noch zwei Märsche gespielt waren, setzte sich der Zug zur Infanterie-Kaserne in Bewegung, um sich dort aufzulösen.

Sport-Nachrichten der „Saale-Zeitung".

Fußballsport.

Hohenzollern-Wacker. Beide Mannschaften treffen sich am Sonntag auf dem H.-Sportplatz im Freundschaftsspiel. Wohl seit langem gab es zwischen den hiesigen erstklassigen Mannschaften zwei ernstere Kämpfe, als in der jetzigen Zeit. Durch die Rückkehr der Feldgrauen zu ihren alten Vereinen hat sich die Spielstärke noch bedeutend gehoben. Somit dürfte die Gewähr für einen spannenden Kampf geboten sein.

Verschiedenes.

Drei Notwendigkeiten. Der Generalsekretär des Deutschen Reichsausschusses für Leibesübungen bespricht in einem Aufsatz die Notwendigkeit der körperlichen Ertüchtigung und Leistungsfähigkeit des deutschen Volkes nach den schweren Blutverlusten des Krieges und den zu erwartenden wirtschaftlichen Lasten. Als die drei notwendigsten Forderungen bezeichnet er: tägliches Schulturnen, gesetzlicher Uebungszwang der Jugendlichen beiderlei Geschlechts, von der Schulentlassung bis zur Mündigkeit, und gesetzliche Regelung der Spielplatzfrage.

Der Deutsche Motorjacht-Verband wählte seinen Vorsitzenden Geheimrat Busley wieder, Stellvertreter wurde General von Arnim. Nach dem Jahresbericht hat der Verband 8000 Mitglieder mit 400 Fahrzeugen. Der Sportbetrieb ruht gänzlich infolge Mangels an Betriebsstoffen.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Berliner Börse

vom 12. Dezember 1918.

(Telegramm.)

Eisenbahn-Aktien:		Döring & Lehrmann	67,50
		Dürkoppwerke	256,00
Halberst.-Blankenb.	92,50	Eberfelder Faber.	275,00
Halle-Hettstedter	73,00	Felten & Guilleaume	157,00
Schantungbahn	93,00	Gasmotoren Deutz	116,00
Allg. Lokal-Str.	130,00	Gebhard & König	—
Gr. Berl. Str.	122,50	Gießenkirchen Berg	156,00
Magdeburger Str.-B.	185,00	Glauziger-Zuckerfbk.	184,00
Prinz-Heinrich-B.	157,00	Hallesche Maschfbk.	—
Orientbahn	—	Hann. Masch.	280,00
		Harpener Berg	174,00
Schiffahrts-Aktien:		Hasper Eisen	134,00
		Hirsch Kupfer	164,50
Hambg. Paketfahrt	80,25	Höchster Farbw.	280,00
Hambg. Südamerika	128,50	Hoesch Eisen u. Stahl	250,00
Hansa-Dampfschiff.	165,00	Hohenlohe-Werke	113,50
Nordd. Lloyd.	80,75	Humboldt Masch.	119,75
		Ilse Bergbau	335,00
Bank-Aktien:		Kahle Porzellan	230,00
		Kaliw. Aschersleben	139,62
Bank f. Thür.	—	Körbisd. Zucker-Akt.	249,75
Berl. Handel-ges.	150,25	Kyffhäuserhütte	—
Commerz-Diskonto-bank	115,25	Lahmeyer & Co.	111,00
		Lauchhammer	145,00
Darmstädter Bank	115,25	La ranütte	170,00
Dessauische Lan des-bank	—	Linke & Hofmann	284,00
		Ludwig Loewe & Co.	219,00
Deutsche Bank	209,00	Lothringer Hütte	137,00
Diskonto-Comm.	163,50	Mannesmannröhren	183,25
Dresdner Bank	141,00	Oberschl. Eisenb.-Bd.	142,00
Leipzig Credit-Anst	145 00	do. Caro Hag.	132,00
Mitteld. Kreditbank	116,75	do. Koksw erke	172,00
Nationalbank	129,50	Orenstein & Koppel	141,50
Oesterr. Kredit	—	Phönix Berg	208,12
Reichsbank	131,00	Rhein. Metall-Vorz.	176,00
		Rhein Stahlwerke	149,00
Industrie-Aktien:		Riebeck. Montan	208,00
		Romonacher Hütten	146,50
Schultheiss-Brauerei	235,00	Rositzer Braunk.	113,00
Akt. f. Anilin	240,50	Rositzer Zucker	149,62
Allgem. Elektr. Ges.	194,25	Sangerhäuser Masch.	220,00
Ammendorfer Papierfbk.	—	HugoSchneider & Co.	195,25
Anhalter Kohlenw.	196,00	Schuckert & Co.	133,00
Annaburger Steingut	—	Siemens & Halske	176,00
Badische Anilin	281,50	Stolberger Zinkh	144,00
Bergmann Elekt. Akt.	152,00	Strels. Spielkarten	100,00
Berl. Mesch.-Bau	225,50	Thale-Eisenhütte	122,00
Bismarckhütte	209,50	Triptis Porzellan	211,50
Bochumer Gußstahl	200,00	Türk. Tabakregie	140,00
Chem.-Fabr. Buckau	—	Ver. Köln-Rottweiler	315,00
Chem. Griesheim	201,50	Ver. Glanzstoff	149,75
Chem. Heyden	210,00	Wegelin & Hübner	396,00
Consolidation Schalke	220,00	Werschen-Weißenfelder Braunk.	—
Grölitzer Papierfbk	—	Westeregeln Alkali	185,00
Deutsche Motoren	178,50	Witener Gußstahl	194,50
Deutsche Luxemburg	122,00	Wrede Mälzerei	99,75
Deutsche Uebersee Elektr.	130,00	Zschau-Kriebitzsch Braunk.	—
Deutsche Erdöl	224,00	Zeitzer Masch.	255,00
Deutsche Gasglühl.	325,00	Zellstoff Walthof	202,00
Deutsche Kali	139,50	Oesterl-Minen.	92,50
Deutsche Waffen u. Mun.	144,50		
Donnersmarkhütte	234,00		

Börsenstimmungsbild.

Berlin, 12. Dezember. Wenn auch im allgemeinen im heutigen Börsenverkehr eine feste Grundstimmung nicht zu verkennen war, gestaltete sich die Kursbewegung zunächst noch nicht einheitlich, da in verschiedenen in letzter Zeit erheblich gesteigerten Werten Gewinnrealisierungen vorgenommen wurden. In erster Linie wurden hiervon chemische Werte betroffen. So stellten sich Elberfelder Farbwerte, Badische Anilin erheblich niedriger. Auch Schiffahrtsaktien gaben nach. Demgegenüber standen aber Besserungen in Bergwerks- und Hüttenaktien, von denen Phönix sogar 7 Prozent gewannen. Auch Deutsche Waffen und Rheinmetall waren bemerkenswert gebessert. Im späteren Verlauf gewann die feste Stimmung an Umfang, so daß nicht nur weitere Steigerungen der anfänglich erhöhten Werte folgten, sondern anfängliche Abschwächungen auch zum Teil wieder aufgeholt wurden. Am Anleihemarkt unterlag die Kursbewegung nur mäßigen Schwankungen.

Devisenkurse.

Berlin, 12 Dezember.

Die amtlichen Notierungen für telegraphische Auszahlungen stellen sich an der heutigen Börse in Vergleichung zum vorhergehenden Tage in Mark wie folgt:

		heute Geld	heute Brief	Vortag. Tag Geld	Vortag. Tag Brief
New York	1 Doll.	—.—	—.—	—.—	—.—
Holland	100 fl.	361,0	364,50	359,0	35 ,00
Dänemark	100 Kr.	220. 0	221,0	214 50	(4,5)
Schweden	100 Kr.	245, 5	248,7	243 2	(2,5)
Norwegen	100 Kr.	23 ,7)	237,0	,3 ,75	,3 ,25
Schweiz	100 Fr.	1,7 75	17 ,0.	1 4,75	175,30
Wien	100 K.	53,90	54,05	53 95	54,05
Budapest					
Bulgarien	100 Leva	—.—	—.—	—.—	—.—

Konstantinopel Geld —.— Brief —.—
für ein türkisches Pfund.

Spanien Geld 136 0 Brief 137 00
für 100 Peseta

Helsingfors 79,25 79,75 Dem sche Mark für 100 Finnische Mark.

Produktenbericht.

Berlin, 12. Dezember. Die milde Witterung hält an. Doch werden die Feldarbeiten durch die Nässe und Feuchtigkeit stark behindert. Eine Bebebung des hiesigen Produktenverkehrs ist nicht eingetreten, da die Zufuhren durch die schmierigen Verkehrsverhältnisse erschwert werden. Von Heu kommt indes noch manches heran und kann infolge der Aufbedung der Sperre in vielen Kreisen dem freien Handel in reichlicherem Maße zugeführt werden, was in Anbetracht des Ueberganges zahlreicher Heeresperde in Privathände außerordentlich zu begrüßen ist. Stroh ist knapp. Als Ersatz wird Hülsenfruchtstroh, Rapsstroh zu kaufen gesucht. Im Handel mit Sämereien ist nichts Neues vorgefallen. Dasselbe ist über den Verkehr mit Rüben zu sagen.

Maßnahmen gegen die Notenhamster. Das Reichsbankdirektorium hat, wie jetzt bestätigt wird, die Banken, Bankiers, Sparkassen und Genossenschaften veranlaßt, die Inhaber von Schließfächern und insbesondere diejenigen, die nach dem 1. Juli 1918 geschlossene Depots eingeliefert haben, aufzufordern, eine im Wortlaut vorgeschriebene Erklärung abzugeben, daß im Schließfach oder im Schließdepot keine Zahlungsmittel (Gold oder Silber, Banknoten oder Kassenscheine) aufbewahrt werden.

Beteiligung des Handels an der Getreideeinfuhr? Der Staatssekretär des Reichswirtschaftsamts hat dem Deutschen Industrie- und Handelstag mitgeteilt, daß die Fragen der Einfuhr von Nahrungs-, Futter- und Düngemitteln zurzeit von einem besonders beim Reichsernährungsamt unter Beteiligung des Reichswirtschaftsamts und anderer Reichsämter errichteten Ausschuß behandelt würden. Die Frage, wie weit es möglich sein werde, den freien Handel einzuschalten, könne augenblicklich noch nicht entschieden werden.

Die Preise am Eisenmarkt. Im Anschluß an unsere bisherigen Meldungen wird berichtet, daß die Werke die Absicht haben, bei den amtlichen Stellen, welche bei der Preisbildung mitwirken, die Anregung zu geben, das Bestehen der bisherigen Höchstpreise zur Aufhebung zu bringen und dadurch den Markt völlig frei zu gestalten. Die Werke vertreten die Auffassung, daß bei einem freien Markt die Preisbildung sich ohne weiteres den Verhältnissen anpassen würde.

Im Konkurs des Bankiers Knappe u. Thomas in Zauer fand der Schlußtermin statt. Beim Konkurs über das Privatvermögen des Mitinhabers Bankier Thomas stehen 6,3 Mill. Mark Forderungen 278 858 Mark Masse gegenüber.

Akt.-Ges. Kaliwerke Aschersleben in Aschersleben. Die außerordentliche Hauptversammlung genehmigte nochmals, um einzelnen Bedenken gegen der Fristenzusammenlegung zu begegnen, die Verschmelzung der Kaliwerke Aschersleben mit dem Kaliwerk Hattorf. Sodann wurde der Erhöhung des Aktienkapitals um 2,5 Mill. Mark zugestimmt; die neuen Mittel dienen beispielsweise zum Erwerb von 501 Kuxen der Bergwerksgesellschaft Hohlgraben und 501 Anteilen der Bergwerksgesellschaft Mariaglück in Hötzer. Der Vorsitzende wies auf die von Generaldirektor Zirkler vorgenommene genaue Prüfung der spekulativen und technischen Verhältnisse bei den beiden Kaligewerkschaften hin und stellte in Aussicht, daß das finanzielle Ergebnis beider Gewerkschaften später dem der Kaliwerke Aschersleben ähnlich sein werde.

Verantwortlich für den politischen Teil: Carl Helms; für den örtlichen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brinkmann; für Sport und Vielerlei: Heinrich Mielcher; Feuilleton, Unterhaltungsblatt, Vermischtes usw.: Dr. Karl Baer; für den Anzeigenteil: P. Hackenbracht.
Druck und Verlag von Otto Hendel

Gr. Ulrichstr. 50, I. Obergeschoss.
Ausstellung von Möbeln für Küchen, Schlafzimmer u. Wohnräume.
Besichtigung und Annahme von Kaufanträgen daselbst täglich von 9 bis 3 Uhr.
Hallesche Försorgestelle für Wohnungseinrichtungen G. m. b. H.

Roßschlächterei Arthur Holland,
Tel. 2405. Torfstraße 48. Tel. 2405.
kauft Schlachtepferde.
Uebernehme auch Notschlachtungen zu Tagespreisen.

Mietgesuche
Eleg. möbl. Wohn- und Schlafzimmer
möglichst mit Schreibtisch bei einzelner Dame oder älteren Leuten gesucht. Nähe Riebeckplatz. Offerten unter L. 5780 an die Expedition dieser Zeitung. a0395

Bekämpfungsmittel gegen Obstbaumschädlinge
Frostspanner
Insektenfanggürtel „Einfach" per Mtr. 40 Pfg. (Rolle 30 Mtr. 9.50 M.
Raupenleimpapier (fett und wasserdicht) p. Mtr. 5 Pfg (Rolle 100 Mtr. 2.30 M.)
Raupenleim „Stanbarb" in Büchsen zu 2.40 und 4.35 M.
Blutlaus
Antifaul I in Flaschen mit Gebrauchsanweisung zu 2.75 und 4.85 M
Max Krug.
Samenhandlung und Gärtnerei-Bedarfsartikel,
Halle a. d. S., Talamitstraße 3 (Am Hausmarkt)
Tel. 5562 V10205
Beweise auf den Artikel in voriger Nummer „Frostspanner" und „Blutlaus".

Brennholz
Heizmaterial:
Kloben und Knüppel 1 m lang, oder gekürzt 15 bis 20 cm lang oder 5 cmtr. zerkleinert.
Anzubieten:
sofort oder auch ab Lager oder in Fuhren frei Haus.
Hensel & Möller,
Holzgeschäft, Kohlen- und Schrotwerk, Holzspalterei,
Canenner Weg 2.
Fernruf 6170 A156 5

Getr. Steinpilze
letzter Ernte, helle Ware, von 5 Pfd. an liefert pr. Nachn. a 11 M.
Schneider,
Eisenhorst.

Schlafzimmer, Speisezimmer, Küchen
in großer Auswahl empfiehlt
G. Schaible,
Große Märkerstraße 2,
am Reileplatz. V4783

Hand- A175
Leiterwagen „Kastenwagen"
gegen bar od. erleichterte Zahlungsweise
Fr. Gronau,
Berlüsserstraße 16.

Offene Stellen
Aelteres, erfahrenes a 0397
Mädchen
wird als einfache Stütze für kleinen Haushalt ohne Kinder gesucht v. 1. Januar 1919. Off. u. O. 5783 an d. Exp. d. Ztg.

Stellengesuche
Praktischer
Steiger
44 J. alt, in allen bergmännischen Arbeiten (Erz und Kali) erfahren,
wünscht
sich zum 1. April oder früher 1919
zu verändern
Auch zur Leitung eines kleinen Betriebes, Stallen usw. sehr erwünscht. Gute Zeugnisse und Referenzen vorhanden.
Gefl. Offerten unter F. L. M. 782 an Rudolf Mosse, Frankfurt a. M. A371 4

Kaufmann,
welcher in Kürze aus dem Fahnen-Dienst entlassen wird, und geeignete Stellung, da die frühere Firma jetzigen nicht beschäftigen kann, gute Zeugnisse vorhanden. G. E. Angebote unter A. U. 223 an die Exped. d. Ztg. erbeten.

Scholarer-Stelle
für 27 jährigen Ein-Jährig-Schüler gesucht. Angebote unter L. T. 7483 an Rudolf Mosse, Leipzig. A 371 4

Zu verkaufen
Modern. Zinshaus
mit Laden in Halle, gute Geschäftslage, bei geringer Anzahlung preiswert zu verkaufen. Off. unter N. 5782 an die Exped. d. Ztg. erbeten. a0394

Gut sitzende dauerhafte Korsetts
empfiehlt V3395
H. Schnee Nachf., Gr. Steinstr. 84

Pianos m. Sessel,
schöner voller Ton, zu verkaufen.
Scheich, Alter Markt 34.

Vermischtes
Baracken 10 × 30 m, 10 × 15 m, 5 × 5 m
sofort lieferbar.
Richard Mittag,
Barackenwerk. a5347.2
Spremberg.

Guter Pianist
eventuell mit Geiger (eigenes großes Repertoir) empfiehlt sich für Cafés oder derarteben
Kurt Donner, Fürstenstr. 5.

Familien-Nachrichten.

Kameradschaftl. Krieger-Verein v. 1870/71 zu Halle a. S.

Am 11. d. Mts. verstarb unser lieber Kamerad

Emil Hecht.

Wir betrauern in ihm ein treues Mitglied und einen braven Kameraden und werden ihm stets ein gutes Gedenken bewahren.

Zur Leichenparade treten die Kameraden Sonnabend, den 14. Dezember, nachm. 2½ Uhr, an der Kapelle des Südfriedhofes an. Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten. a 10245

Der Vorstand.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-191812135/fragment/page=0004